STADT EMMERICH AM RHEIN

DER BÜRGERMEISTER

Niederschrift

zur 18. Sitzung
des Jugendhilfeausschusses

am 14.12.2017

um 17:00 Uhr im Ratssaal

T a g e s o r d n u n g

I. Öffentlich

1		Einwohnerfragestunde
2		Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 21.09.2017
3	04 - 16 1308/2017	Vorstellung des Jugendbeteiligungsprojektes "Emmerich für Dich! - Deine Meinung zählt" vom 17.10.2017
4	04 - 16 1309/2017	Gewährung von Pauschalzuschüssen an Jugendverbände
5	04 - 16 1310/2017	Betriebskostenzuschüsse für Einrichtungen der außerschulischen Jugendarbeit
6	04 - 16 1312/2017	Übernahme des Eigenanteils aus kommunalen Mitteln in Bezug auf die Zuwendungen für Investitionen für zusätzliche Plätze in Kindertageseinrichtungen (inklusiv Kindertagespflege) sowie den Erhalt von Plätzen für Kinder unter sechs Jahren in Kindertageseinrichtungen
7		Mitteilungen und Anfragen
7.1		Sachstand Kita auf dem Kasernengelände; hier: Mitteilung von Bürgermeister Hinze
7.2		Sitzungstermine 2018; hier: Mitteilung vom Vorsitzenden
7.3		Spielplatzbegehung; hier: Mitteilung vom Vorsitzenden
7.4		Jugendamtselternbeirat im Kindergartenjahr 2017/2018; hier: Mitteilung vom Vorsitzenden
7.5		Kita Rettungspaket; hier: Mitteilung von Frau Sluyter
8		Einwohnerfragestunde

Anwesend sind:

Vorsitzender
Herr Jan Ruben Ludwig

Die Mitglieder

Frau Sandra Bongers	
Frau Rita Fergen	
Herr Gerhard Gertsen	
Herr Bert Gricksch	für Mitglied Lorenz
Frau Monika Hartjes	
Frau Ingrid Rählert	
Frau Andrea Schaffeld	
Frau Nadine Schmidt	
Frau Marietta Wehren	
Frau Sigrid Weicht	für Mitglied Guliker
Frau Marita Weit	für Mitglied Fabian Wehren

beratende Mitglieder

Herr Peter Hinze	Bürgermesiter
Frau Birgit Bißeling	
Frau Nadine Bremer	
Herr Matthias Lattek	
Frau Jasmin Peil	

von der Verwaltung

Herr Frank Bömler	
Frau Stephanie Geßmann	
Herr York Rieger	
Frau Nicole Sluyter	
Frau Birgit Beikirch-Boers	Schriftführerin

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

Vor Einstieg in die Tagesordnung wird Frau Jasmin Peil (Vertreterin für den Jugendamtselternbeirat 2017/2018) als neues beratendes Mitglied des Jugendhilfeausschusses in feierlicher Form verpflichtet.

Als Gäste zu TOP 3 werden die Jugendlichen Antonia Plenkers, Franz Staud und Luke Ketelaers begrüßt.

I. Öffentlich

1. Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend.

2. Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 21.09.2017

Da Einwände gegen die gemäß § 23 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse zur Feststellung vorgelegten Niederschrift nicht erhoben werden, wird diese vom Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet.

3. Vorstellung des Jugendbeteiligungsprojektes "Emmerich für Dich! - Deine Meinung zählt" vom 17.10.2017
Vorlage: 04 - 16 1308/2017

Es wird eine Gesamtmatrix der Anregungen, Fragen, Kritik und Wünsche, die sich aus dem Beteiligungsprojet ergeben haben mit Antworten der anwesenden Fachleute, Zuständigkeiten zwecks Klärung sowie dem jeweils aktuellen Bearbeitungsstand als Tischvorlage verteilt.

Bürgermeister Hinze erläutert, dass die Resonanz auf das sogenannte Fisch-Bowl am 17.10.2017 gut gewesen sei. Nicht alle Fragen hätten aus Zeitgründen beantwortet werden können. Einige schriftlich formulierte Fragen und Anregungen der Jugendlichen wurden später im Jugendamt ausgewertet. Wichtig sei, den Jugendlichen zu vermitteln, dass die Ergebnisse aus dieser Fish-Bowl-Diskussion ernst genommen und weiter verfolgt werden. Eine Wiederholung in ähnlicher Art sei angedacht.

Die eingeladenen Jugendlichen stellen anhand einer PowerPoint Präsentation (s. Anlage) das Beteiligungsprojekt und erste Ergebnisse vor.

Sie tragen vor, dass alle Schüler der weiterführenden Schulen durch Flyer über die stattfindende Diskussion informiert wurden. Teilgenommen haben 155 Schüler sowie 18 Fachleute aus Politik, Verwaltung, Kirche etc., um über allgemeine jugendrelevante Themen zu diskutieren. Moderiert wurde die Veranstaltung durch die Fachberaterin für Kinder- und Jugendarbeit beim LVR, Frau Martina Leshwange.

Die Jugendlichen haben ihre die wichtigsten Anregungen zu einzelnen Bereichen zusammengefasst:

- „Nichts los in Emmerich für Jugendliche ab 14 Jahren“
- „Es fehlt die Schulung im Umgang mit behinderten Mitschülern/ Mitmenschen“
- „Emmerich ist ja schon von der Welt abgeschnitten, kann man den Kontakt zu Partnerstädten herstellen?“
- „Es fehlt die Transparenz“

Weiterhin werden zuständigkeitsübergreifende Problematiken aus Sicht der Jugendlichen genannt.

Fazit sei aus Sicht der Jugendlichen, dass die Fish-Bowl-Diskussion und Austausch mit der Stadt auf jeden Fall öfter wiederholt werden sollte. Effektiver sei es aber, dies in kleineren Gesprächskreisen mit spezifischeren Themen zu machen, um einen strukturierteren Dialog zu ermöglichen. Auch sollte eine Altersbegrenzung vorgenommen werden und für jüngere Kinder nur Vertreter teilnehmen. Wichtig sei, dass die Schüler erkennen können, dass diese Art von Diskussion und Austausch mit Vertretern der Stadt Emmerich u.a. für sie Sinn macht.

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Jugendlichen für die Mühe und für die Erkenntnisse, die der Jugendhilfeausschuss bzw. die Verwaltung daraus für seine Arbeit ziehen kann und stellt fest, dass eine Wiederholung der Diskussion in ähnlicher Art erfolgen solle. Hierbei sollten die Anregungen und Verbesserungsvorschläge der Schüler aufgegriffen werden.

Verwaltungsseitig erläutert Herr Rieger, dass die Antworten zu allen mündlich wie auch schriftlich formulierten Fragen/Anregungen und Wünschen der Schüler aus der Fish-Bowl Diskussion soweit schon möglich, in die Matrix aufgenommen wurden. Einige Dinge, die noch nicht oder nicht ausreichend beantwortet werden konnten, seien an die jeweiligen Fachbereiche bzw. Polizei oder NIAG weitergeleitet worden. Es sei vorgesehen, nach und nach möglichst alle Fragen beantwortet zurück an die Schüler zu geben. Eine 1. Version der Matrix werde das Jugendamt nochmal an alle Schulen schicken. Außerdem werde diese auf der Internetseite der Stadt Emmerich veröffentlicht und bis zur Beantwortung aller Fragen regelmäßig aktualisiert. Hier könnten Kinder und Jugendliche dann nachsehen, ob ihre Fragen mittlerweile beantwortet wurden.

Mitglied Schaffeld bedankt sich bei den Schülern für die Präsentation. Es stehe nun die Frage im Raum, wie weiterverfahren werde. Zu überlegen sei, ob z.B. durch eine Art Jugendparlament die Partizipation der Jugendlichen künftig möglich sein könnte. Sie bittet die eingeladenen Jugendlichen um Anregungen dazu, wie Politik bzw. Verwaltung Schüler und Schülerinnen am besten ansprechen und motivieren können, um ein schnelles Feedback und Einbringen ihrer Ideen einzuholen zu können, wenn es z.B. um Beratungen von Plänen die auch Bereiche von Jugendlichen betreffen (z.B. Innenstadtentwicklungskonzept ö.ä.) gehe. Hier sehen die Schüler den Weg der direkten Ansprache engagierter Schüler bzw. Schülervertreter der einzelnen Schulen als am sinnvollsten an, um die Informationen auch an andere Interessierte weiterverbreiten zu können.

Vorsitzender Ludwig erklärt für den Ausschuss, ein weiterer reger und bleibender Kontakt und Austausch mit den Jugendlichen werde für wünschenswert gehalten und beabsichtigt sei, das Thema in einer späteren Sitzung nochmal auf die Tagesordnung zu setzen.

Mitglied Lattek regt an, künftig bei der Durchführung eines Fish-Bowls ehrenamtliche Vereins- und Verbandsvertreter – z.B. von Jugendfeuerwehr, BDKJ, Sportvereinen etc. - als Gesprächspartner mit einzubeziehen, da diese auch Jugendarbeit machen und Bedarfe gut erkennen und darauf eingehen können.

Kenntnisnahme(kein Beschluss)

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

4. Gewährung von Pauschalzuschüssen an Jugendverbände
Vorlage: 04 - 16 1309/2017

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von Mitglied Gertsen, gemäß Beschlussvorschlag der Verwaltung zu beschließen, abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Jugendhilfeausschuss beschließt im Jahre 2017 den nachstehend genannten Jugendverbänden einen Zuschuss von 7,73 **€** je gemeldetem Mitglied zu bewilligen.

1. Bund der katholischen Jugend (BDKJ)
2. Evangelische Gemeindejugend
3. THW-Jugend
4. Jugendfeuerwehr
5. Naturschutzjugend
6. Johanniter-Unfallhilfe e.V

Stimmen dafür 12 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

5. Betriebskostenzuschüsse für Einrichtungen der außerschulischen Jugendarbeit
Vorlage: 04 - 16 1310/2017

Frau Geßmann bestätigt auf Nachfrage durch Mitglied Gertsen, dass nach der Umstellung auf den neuen Schlüssel für die Verteilung der Mittel keine Rückmeldungen seitens der Träger über Probleme vorliegen.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von Mitglied Gertsen, gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen, abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die für 2017 zur Verfügung stehenden Mittel aus dem Landesjugendplan und der Stadt Emmerich am Rhein wie folgt zu verteilen:

Jugendverband/-organisation	Anzahl der Veranstaltungen	Summe je Veranstaltung	Gesamtsumme
MuKIE	**2**	**150,00 €**	**300,00 €**
Gesamt:	***2***	***150,00 €***	***300,00 €***

Träger	Zuschuss Summe (EUR)
Pfarrheim St. Johannes - Praest	**4.197,55 €**
Pfarrheim St. Antonius - Vrasselt	**1.662,73 €**
Pfarrheim St. Aldegundis	**1.583,86 €**
Treffpunkt Heilig Geist	**637,41 €**
Pfarrheim St. Martini	**1.715,32 €**
St. Michaelsheim - Speelberg	**2.057,09 €**
Pfarrheim Sankt Martinus - Elten	**2.282,71 €**
Pfarrzentrum Sankt Georg - Hüthum	**1.583,86 €**
Evangelisches Gemeindezentrum	**981,33 €**
Evangelisches Jugendhaus	**1.358,16 €**
Gesamt:	***18.060,00 €***

Stimmen dafür 12 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

6. Übernahme des Eigenanteils aus kommunalen Mitteln in Bezug auf die Zuwendungen für Investitionen für zusätzliche Plätze in Kindertageseinrichtungen (inklusiv Kindertagespflege) sowie den Erhalt von Plätzen für Kinder unter sechs Jahren in Kindertageseinrichtungen
Vorlage: 04 - 16 1312/2017

Frau Bremer erläutert kurz die Verwaltungsvorlage.

Mitglied Weicht merkt an, es fehle eine Bedarfsplanung bis 2020, aus der z.B. erkennbar sei, wie viele fehlende Plätze es bei U-3 und Ü-3-Plätzen gibt und ob bzw. welcher Sanierungsstau in den einzelnen Kitas besteht. Dies sei für eine evtl. Entscheidungsfindung darüber, ob z.B. ein Neubau, für den nur ein 10 %iger Eigenanteil anfalle, zweckmäßiger sein könnte, als Sanierungsmaßnahmen. Vorsitzender Ludwig weist vorab darauf hin, dass für die Beantragung der Fördermittel die kurze Frist 10.01.2018 besteht. Der Beschluss in heutiger Sitzung sei als Grundsatzbeschluss zu sehen, um die Verwaltung handlungsfähig zu machen

Mitglied Weicht macht deutlich, es gehe ihrer Fraktion darum, für Beratungen und Entscheidungen in kommenden Jahren, einen Plan zu bekommen, der besagt, wo Bedarf besteht und wie sich dieser zusammensetzt.

Die Frage von Mitglied Schaffeld, ob es so zu verstehen sei, dass von der Fördersumme in Höhe von 421.075 € max. 25 % für Erhaltung und Sanierung genutzt werden könne und somit 75 % für Neubau genutzt werden müssen, wird verwaltungsseitig bejaht. Mitglied Schaffeld äußert die Meinung, dies sei für die Sanierungskosten in Emmericher Einrichtungen kein hoher Betrag und bittet um Auskunft, ob für den Bereich von Erhaltung und Sanierung bereits eine Prioritätenliste besteht.

Bürgermeister Hinze teilt dazu mit, es gebe Kindergärten, mit großem Investitionsstau, wie z.B. dem Kindergarten in Praest. Es werde überlegt, die durch das Investitionsprogramm evtl. bereitstehenden Mittel dem Kindergarten Praest für Sanierungsmaßnahmen zugutekommen zu lassen. Andererseits sei, was die Fördermittel für Neubau betreffe, die Situation, dass der Kindergarten auf dem Kasernengelände gebaut wird, zu beachten.

Mitglied Frau Wehren äußert den Eindruck, dass es wohl nicht so sein werde, dass allen Kindergärten, die Sanierungsbedarf haben, die Möglichkeit geboten werde, Anträge auf Förderung aus diesen Mitteln stellen zu können. Sie verstehe die Erläuterungen so, dass die Fördermittel evtl. schon verplant seien.

Bürgermeister Hinze gibt zu bedenken, dass der 25 %-Anteil aus der Fördersumme nicht hoch genug sei, um die evtl. Sanierungsbedarfe aller Kindergärten abzufragen und ggf. aus dieser Summe zu bezuschussen. Das Erfordernis für die Erstellung einer Prioritätenliste habe bisher nicht bestanden.
Vorrangig sei erst, den vorgesehenen Grundsatzbeschluss zu erwirken, um den Eigenanteil in den Haushalt einplanen zu können. Zu beachten sei, dass die Prioritäten beim Neubau der Kita auf dem Kasernengelände und den Sanierungsmaßnahmen in der Kita Praest liegen. Die Entwicklung in den kommenden Wochen sei abzuwarten. Wenn es zu einer anderen Entscheidung komme, werde die Verwaltung auf die anderen Kindergärten zugegen, um zu sehen, was gemacht werden könne.

Frau Sluyter teilt ergänzend mit, dass die Förderrichtlinien besagen, dass Einrichtungen, die im Mietverhältnis stehen, bei Erhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen nicht gefördert werden. Von daher erübrige es sich für Träger, die die Einrichtung gemietet haben, Mittel aus dieser Fördersumme zu beantragen.
Grundsätzlich sei es gerade im Sanierungsbereich sehr kompliziert, gemäß der Förderrichtlinien Mittel abzurufen. Bei Einrichtungen, die im Eigentum des Trägers stehen, sei nachzuweisen, was in den vergangenen Jahren aus eigenen Mitteln saniert wurde, denn grundsätzlich seien dafür auch Betriebskostenpauschalen gezahlt worden. Durch die Richtlinien werde ganz klar vorgegeben, was aus diesen Mitteln gefördert werden dürfe.

Mitglied Weicht bittet um Auskunft über den generellen Verwaltungsablauf, wenn bei einem Kindergarten Bedarf für wichtige notwendige Maßnahmen besteht.
Bürgermeister Hinze erläutert, dass je nachdem, ob ein Eigentum –Pacht oder Mietverhältnis für die Einrichtung besteht, dies unterschiedlich gehandhabt werde. Zu klären sei, ob der Eigentümer oder Vermieter vorrangig vor der Inanspruchnahme öffentlicher Mittel für die Sanierungsmaßnahme selber verantwortlich ist. Eine Übersicht über genaue Bedarfe gebe es derzeit nicht.
Frau Sluyter ergänzt, dass in der Regel die Träger mit ihrem Bedarf auf die Stadt zukommen. Hierzu wird auf die Sanierung der Heizungsanlage in der Kita St. Johannes und der Bodensanierung in der Kita Löwenzahn verwiesen.

Mitglied Weicht betont nochmal die Wichtigkeit einer zeitnahen Bestandsaufnahme, die sie im Hinblick auf zukünftige Beratungen im Jugendhilfeausschuss über Sanierungsmaßnahmen u.ä. für erforderlich halte. Dies ermögliche, einen rechtzeitigen Überblick über anstehende notwendige Kosten bei den einzelnen Kindertageseinrichtungen.

Bürgermeister Hinze weist darauf hin, dass dann auch für jeden Kindergarten einzeln von Seiten der Kommune erfragt werden müsse, ob Zuschussbedarfe für Sanierungsmaßnahmen bestehen. Wie dies umgesetzt werden könne, müsse intern überlegt werden.

Verwaltungsseitig gibt Frau Sluyter zu bedenken, dass durch eine Erhebung der Bedarfe Erwartungen auf Seiten der Einrichtungen geschaffen werden. Sie weist in diesem Zusammenhang nochmals darauf hin, dass die Weitergabe von Bundes und –Landesmitteln an klare Vorgaben gebunden sei. Sollten den Trägern weitere Mittel für Sanierungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden, könnte dies nur aus zusätzlichen kommunalen Mitteln finanziert werden. Dementsprechend sollte zunächst klar sein, welche Mittel die Politik zur Verteilung zur Verfügung stellen möchte.

Mitglied Schaffeld spricht sich im Sinne von Transparenz für alle Beteiligten ebenfalls dafür aus, eine Bestandsaufnahme zu machen, um einen Überblick über z.B. künftig notwendige Sanierungsmaßnahmen zu bekommen.

Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, lässt der Vorsitzende gemäß Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt den Eigenanteil an dem Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung 2017 – 2020“ in Höhe von 10 % bei neu geschaffenen Betreuungsplätzen und in Höhe von 30 % bei Erhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen aus kommunalen Mitteln zu finanzieren. Sollten Mittel aus früheren Förderprogrammen noch abrufbar sein, gilt die Übernahme des Eigenanteils aus kommunalen Mitteln ebenfalls für diese Maßnahmen.

Stimmen dafür 12 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

7. Mitteilungen und Anfragen

7.1. Sachstand Kita auf dem Kasernengelände; hier: Mitteilung von Bürgermeister Hinze

Bürgermeister Hinze teilt mit, dass der Bauantrag für die Kita auf dem Kasernengelände durch die Firma Mona am 13.12.2017 bei der Stadt eingereicht wurde. Es könne lt. Bestätigung durch den Investor nach wie vor mit einer Fertigstellung zum 01.08.2018 gerechnet werden. Der weitere Ablauf im Genehmigungs- und Bauverfahren werde von Seiten der Verwaltung weiterhin kritisch begleitet.

Mitglied Weicht gibt zu bedenken, dass vom Fertigstellungstermin der Kita 01.08.2018 nicht mit Sicherheit ausgegangen werden könne. Sie fragt an, ob es schon Anmeldungen und mögliche Alternativen für die Kita gibt.

Frau Sluyter verweist auf die im November 2017 stattgefundenen Anmeldetermine. Hierfür wurde der AWO ein Raum im Rathaus zur Verfügung gestellt. Spätere Anmeldungen erfolgen per E-mail oder telefonisch direkt bei der AWO. Sofern definitiv feststehe, dass der Fertigstellungstermin nicht eingehalten werden kann, werden mit dem Träger Übergangslösungen für die Kinder geplant.

Bürgermeister Hinze ergänzt, dass im Januar 2018 beabsichtigt ist, in Absprache mit dem Investor und dem Architekten das Bauvorhaben weiter vorzustellen. Im Übrigen verweist er auf den einstimmig gefassten Ratsbeschluss zum Standort der Kita und kritisiert die öffentliche Infragestellung zum Kita-Projekt. Dies sei für das Projekt nicht förderlich und verunsichere Eltern, die für ihr Kind einen Kita-Platz benötigen.

7.2. Sitzungstermine 2018; hier: Mitteilung vom Vorsitzenden

Vorsitzender Ludwig gibt folgende Sitzungstermine bekannt:
11.01.2018; 08.03.2018; 14.06.2018; 11.10.2018; 29.11.2018.

7.3. Spielplatzbegehung; hier: Mitteilung vom Vorsitzenden

Vorsitzender Ludwig weist auf die jährliche Spielplatzbegehung am 14.09.2017 hin. Das Protokoll ist dieser Niederschrift beigefügt.

7.4. Jugendamtselternbeirat im Kindergartenjahr 2017/2018;
hier: Mitteilung vom Vorsitzenden

Vorsitzender Ludwig gibt bekannt, dass durch die Versammlung der Elternbeiräte am 17.10.2017 Frau Jasmin Peil (KG St. Josef) als beratendes Mitglied für den Jugendhilfeausschuss gewählt wurde. Stellvertreterin ist Frau Janine Reintjes (Ev. Familienzentrum).

7.5. Kita Rettungspaket;
hier: Mitteilung von Frau Sluyter

Frau Sluyter gibt bekannt, das 742.955 € aus dem Kita-Rettungspaket vom Land bewilligt wurden. Aufgeteilt werde dieser Betrag anhand der Kindpauschalen, die zum 15.03.2017 gemeldet wurden, auf die einzelnen Kindertageseinrichtungen. Die Mittel werden vollständig an die Kindertageseinrichtungen weitergeleitet. Diese Fördermittel sollen u.a. für zusätzliches Personal, höhere Betriebskosten und Sanierungsbedarf verwendet werden. Hinsichtlich der Mittel für Sanierungen stellt Frau Sluyter nochmal den Bezug zum TOP 6 her. Den Trägern sollte die Gelegenheit gegeben werden, den Einsatz dieser zusätzlichen Mittel zu überlegen. Sollten sich danach noch zusätzliche finanzielle Bedarfe für Sanierungsmaßnahmen ergeben, können die Träger Anträge auf Förderung stellen. Von daher sollte überlegt werden, ob eine Bedarfsabfrage zum jetzigen Zeitpunkt empfehlenswert ist.

8. Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:50 Uhr.

46446 Emmerich am Rhein, den 5. Januar 2018

Jan Ludwig
Vorsitzender

Birgit Beikirch-Boers
Schriftführer/in